

Robert Zion, Krefeld, Seidenweberhalle, 06.Dez.2008. Es gilt das gesprochene Wort.



Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Delegierte,

Angela Merkel hat uns kürzlich prophezeit, dass 2009 ein schlechtes Jahr werden wird. Wir Grüne prophezeien (und darin sind wir allemal besser):

Wenn diese pseudoökologische und alles andere als soziale und gewaltfreie große Koalition weiter am Ruder bleiben sollte, dann wird nicht nur 2009 ein schlechtes Jahr, dann werden 2010, 11, 12 und 13 richtig beschissen, liebe Freundinnen und Freunde!

Frau Merkel, viel anschaulicher hätten Sie den Menschen in Deutschland Ihre Ideen- und Mutlosigkeit nicht vor Augen führen können!

Die Menschen wollen jetzt nicht hören: „Wir können nichts machen!“ Sie wollen überzeugende Antworten hören auf die vor uns liegenden Herausforderungen, auf die Finanz-, die Klima- und die Hungerkrise.

Und eines wird doch jetzt deutlich. Unser Slogan: „Wir haben die Welt von unseren Kinder nur geborgt“, ist aktueller denn je.

Nur die kleingeistigen Großkoalitionäre haben immer noch nichts begriffen und produzieren heiße Luft. Die CSU jodelt uns die alte Leier entgegen, Jobs seien wichtiger als der Klimaschutz und in Berlin wird eine Kfz-Steuerbefreiung für den Porsche Cayenne beschlossen.

Das ist nicht nur mutlos, das ist Unsinn! Und darum ist es Zeit für Veränderung, liebe Freundinnen und Freunde!!

Wir müssen etwa in der Wirtschaftspolitik wegkommen von der gescheiterten Ideologie „Privat vor Staat“. Weg von der großindustriellen Plunder- und Plünderökonomie, hin zu einer neuen, nachhaltigen Wertschöpfungsbasis aus Sozialem, Bildung, Gesundheit, Umwelt, Kultur, Wissenschaft.

Stellen wir doch endlich den Menschen und seine Bedürfnisse und Fähigkeiten in den Mittelpunkt unserer Wirtschaft und nicht

die ökologisch und sozial blinde Anhäufung von Geld, Plastik, Steinen, fahrbarem Blech oder Teer!

Genau das meint der Grüne New Deal, liebe Freundinnen und Freunde!

Es ist aber auch Zeit für Veränderung in der Friedens- und Sicherheitspolitik.

Weltweit leben bereits heute zwei Milliarden Menschen in unsicheren oder gescheiterten staatlichen Strukturen. Die Folgen des Klimawandels werden diese Situation noch drastisch verschärfen. Im Sudan erleben wir den ersten Klimakrieg der Menschheit.

Statt aber nun die Vereinten Nationen zu stärken, zerstört die Bundesregierung unser Ansehen in einem großen Teil der Welt und verplempert Legitimation und Ressourcen in einem unsinnigen, nicht gewinnbaren „Krieg gegen den Terror“.

Die Ansicht, die Welt könne durch Bündnisse wie die NATO militärisch geordnet werden ist für mich grundfalsch. Denn letzten Endes sind es immer nur geostrategische Interessen, die die begrenzten Fähigkeiten solcher Bündnisse lenken werden.

Schauen wir doch auf Afghanistan. Und da fällt selbst der Bundeswehrverband ein vernichtendes Urteil.

Denn der beklagt nicht nur das „ausgesprochene Missverhältnis“ von militärischen zu zivilen Ausgaben. Wir hätten auch unsere Verpflichtungen beim Polizeiaufbau nicht erfüllt. Und er warnt ausdrücklich vor der Einschätzung, der Anti-Terror-Kampf in Afghanistan sei militärisch zu gewinnen.

Dass dort stattdessen diesen Winter Millionen Menschen hungern und zu erfrieren drohen, ist ein Offenbarungseid für die NATO und die Bundesregierung und ein Skandal!

Wo bleibt denn der von uns geforderte Strategiewechsel!?
Mach wir doch mit der Hilfe, dem Aufbau und der Befriedung nun endlich ernst, liebe Freundinnen und Freunde!

Wir brauchen jetzt eine Wiederbelebung, eine Reform und entschlossene Stärkung der Vereinten Nationen und ernsthafte Abrüstungsinitiativen!

Mein grüner Anspruch in der Fraktion wäre es, nun klare und politisch bindende Kriterien für Auslandseinsätze zu entwickeln. Damit ein für allemal klar ist, dass mit uns nur tatsächliche Friedenseinsätze gehen und eben auch was mit uns nicht geht:

Wir sterben und töten nicht für Gott oder das Vaterland, nicht für unseren Reichtum und die Absatzmärkte der Konzerne, nicht für Rohstoffe und nicht für die Ehre oder die Nation, liebe Freundinnen und Freunde!

Und ein Desaster wie im Kosovo darf sich für uns nie wieder wiederholen!

Claudia Roth hat in Erfurt darum zu Recht von einer Neujustierung unserer Außenpolitik gesprochen. Und diese ist vor allem von der Basis in Göttingen und auch von der Grünen Jugend ausgegangen. Und zwei Personen möchte ich hier besonders erwähnen: Arvid Bell und Peter Alberts.

Wir Grüne in NRW prägen mit Bärbel, Volker, Markus und Winni bisher die vier wichtigsten grünen Politikfelder Ökologie, Demokratie, Soziales und Frieden entscheidend mit. Nur Winni Nachtwei hört leider auf.

Winni, Du hast Dir zu Recht über Parteigrenzen hinweg große Anerkennung in der Friedens- und Sicherheitspolitik erarbeitet. Dafür gilt Dir mein und sicher auch unser aller Dank!

Ich maße mir gar nicht an, Winni gleich zu ersetzen. Ich kann Euch nur anbieten, meine, wie ich glaube, unbestrittene Leidenschaft für die Friedens- und Sicherheitspolitik und meine

Fähigkeiten in die Fraktion einzubringen.

Und zum Schluss: Wir Grüne geben keine platten Parolen von oben vor, wie Lafontaines autoritärer Männergesangsverein. Die SPD propagiert weiterhin den „War on Terror“ und hat den friedenspolitischen Kurs Willy Brandts und sich selbst aufgegeben. Und schließlich Guidos Liberale, deren beiden einzigen ernstgemeinten Programmpunkte – Steuersenkungen und Neuwahlen – sich nicht so recht in Friedenspolitik übersetzen lassen wollen.

Nein, wenn wir jetzt in schwierigen Zeiten etwas bewegen wollen, dann muss sich wieder was in unseren Herzen und Köpfen bewegen.

Also zeigen wir ihnen allen dass und wofür wir noch da sind: Ökologisch und sozial sind unsere Grundüberzeugungen, basisdemokratisch unsere Mittel und die Gewaltfreiheit in den menschlichen, sozialen, ökonomischen, kulturellen und internationalen Beziehungen ist nach wie vor unser Ziel.

Es ist Zeit für Veränderung! Und wir können das – wir sind die Grünen!

In diesem Sinne bitte ich um Euer Vertrauen und Eure Stimme,

damit ich Eure Stimme im Bundestag und im Wahlkampf sein kann.

Vielen Dank!

(Für ihren Beitrag zu dieser Rede möchte ich Christian Michalak [KV Bochum] und Hans-Christian Markert [KV Neuss] danken)

Robert Zion, Hamm, Ökozentrum, 13. April 2008
Es gilt das gesprochene Wort

Liebe Freundinnen und Freunde,

Ich möchte zu Beginn einen Satz aus dem 17. Jahrhundert zitieren, aus der politischen Philosophie der Frühaufklärung:

„Tantum juris, quantum potentiae“.

Verständlich übersetzt bedeutet dies:

„Jeder hat soviel Recht, wie er Macht hat“.

Und darum auch bedeutet heute Schutz der Bürgerrechte nicht nur, dass der Staat diese Rechte für mich als Bürger zu schützen hat.

Es bedeutet auch, dass ich als Bürger vor der potentiellen Allmacht des Staates geschützt bin.

Und es bedeutet auch, dass dieser Schutz der Grundrechte auch für die Schwachen gelten muss, für die, die keine Lobby und folglich keine Macht haben.

Liebe Freundinnen und Freunde,

ich möchte daher einmal auf unser Grundgesetz hinweisen:

Artikel 12: Freiheit der Berufswahl. Verbot der Zwangsarbeit.

Artikel 13: Unverletzlichkeit der Wohnung.

Und nicht zuletzt Artikel 1: Der Schutz der Menschenwürde.

Und dann muss ich an den Zukunftskongress der NRW-Grünen vor einigen Jahren in Oberhausen denken.

Dort sagte die Chefredakteurin der *taz* Basha Mika:

Die größte Enttäuschung über die Grünen in der Regierungszeit sei für sie gewesen, dass eine Bürgerrechtspartei wie wir Hartz IV mitzuverantworten habe.

Aber ich kann heute zu Basha Mika sagen: Wir haben uns weiterentwickelt und die Beschlüsse von Nürnberg gefasst.

Und Astrid Rothe-Beinlich, unsere frauenpolitische Sprecherin im Bundesvorstand, sagt heute auch bezüglich der Sozialpolitik:

„Der Kern aller Freiheit ist der: Nein sagen zu dürfen“.

Und darum appelliere ich an unsere Sozialpolitiker:

Grüne als Bürgerrechtspartei darf nie Öko-FDP bedeuten - und wird es auch nicht bedeuten!

Und das Motto dieses Parteitages „Keine Macht dem Schnüffelstaat“ sollte auch heißen, dass wir den Menschen nicht in die Kühlschränke und Betten schauen dürfen!

Für mich ist der autoritäre Sozialstaat der falsche Weg. Lasst uns darum weiter an einem emanzipatorischen Sozialstaat arbeiten und dafür kämpfen.

Denn der ökonomische Preis für die Grund- und Bürgerrechte darf nicht der Hartz-IV-Regelsatz sein.

Dankeschön

Robert Zion, Hamm, Ökozentrum, 12. April 2008
Es gilt das gesprochene Wort

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Delegierte, liebe interessierte Öffentlichkeit

Nach dem Länderrat letzte Woche hieß es in den Medien:
„Grüne für neue Bündnisse offen“.

Außerdem - so sagen wir jetzt immer wieder in der neuen Situation - für uns gehen die Inhalte vor Macht.

Aber was heißt das eigentlich, wenn wir mit dem „Inhalte vor Macht“ jetzt etwas so laut betonen, dass SOWIESO eine Selbstverständlichkeit sein sollte?

Werden wir dadurch eigentlich glaubwürdiger in der gegenwärtigen Vertrauenskrise der Politik?

Oder erwecken wir dadurch nicht vielmehr den Eindruck, dass wir uns jetzt EBEN DOCH von neuen Machtoptionen treiben lassen, und als der neue Mehrheitsbeschaffer von wem auch immer nur rechtfertigen wollen?

Liebe Freundinnen und Freunde,

viele von uns wissen es doch oder spüren es zumindest: Hier geht es auch um die Zukunft unserer Partei, um ihre Bindungskraft nach innen und nach außen.

Und daher möchte ich hier einmal kurz auf unsere Herkunft hinweisen, denn ohne ein Bewusstsein von unserer Herkunft, werden wir auch keine Zukunft haben.

Petra Kelly schrieb 1982 einen Brief an Willy Brandt, in dem sie sagte:

„Die Zukunft muss sich auf die Grünen verlassen können“.

Und sie schrieb das nicht an den neuen Kanzler Helmut Kohl, sie schrieb das an Willy Brandt.

Und wenn wir Grüne heute einen ähnlichen Brief schreiben würden

- und wir müssten ihn dringend wieder schreiben -

Würden wir ihn dann tatsächlich an Merkel und Westerwelle, Rüttgers oder Wolf schreiben wollen?

Daher frage ich: Was ist denn eigentlich unsere staatspolitische Rolle in diesem Land?

Ist es unsere Aufgabe den Konservativen und Neoliberalen zur Macht zu verhelfen, wenn sie nicht mehr im Stande sind allein zu regieren, weil ihre Konzepte versagen? Sind wir der Mehrheitsbeschaffer für die, gegen die wir einmal angetreten sind?

Nein, liebe Freundinnen und Freunde,

- Unsere Außenpolitik ist keine Verteidigung Deutschlands wo auch immer, sondern muss Friedenspolitik bleiben.
- Und unsere Innenpolitik ist das genauere Gegenteil von Schäubles Überwachungsstaat.
- Unsere Sozialpolitik überlässt die Menschen eben nicht sich selbst und den angeblichen Selbstheilungskräften des Marktes, sondern garantiert ihnen ihre Teilhabe und Existenz.

Ich könnte hier noch eine halbe Stunde Punkte aufzählen, mit denen wir bei Schwarz-Grün oder Jamaika in der Defensive

wären, inklusive unserer Frauenpolitik, unserer Bildungspolitik und beinahe unseres gesamten ökologischen Programms.

Jedenfalls sollten wir selbstbewusst genug sein, bei der derzeitigen existentiellen Krise der Sozialdemokratie, nicht gleich den Konservativen in die Arme zu laufen.

Jetzt müssen wir uns als Grüne DEFINIEREN - und ich bin mir sicher: wir können das!

Aber: Die Notwendigkeit einer Schärfung unseres Profils, entsteht EBEN NICHT aus der neuen Situation der Parteienlandschaft.

Wenn wir so denken, dann haben wir bereits verloren!

Die Notwendigkeit, uns klar und deutlich inhaltlich zu definieren und zu positionieren, entsteht aus der gesellschaftlichen Entwicklung:

- aus der zunehmenden Einschränkung unserer Bürgerrechte
- aus dem Bildungsdesaster
- aus der Rückkehr der Armut
- aus der Rückkehr des Krieges
- und aus der dringlicher werdenden ökologischen Herausforderung, etwa der drohenden Klimakatastrophe

Und daher sind unsere vier Grundsäulen – ökologisch, sozial, basisdemokratisch, gewaltfrei – aktueller und tragender denn je.

Und daher sage ich auch ganz deutlich:

Wenn wir jetzt den Wahlzettel für unsere Stammwähler zum Lotterielos machen würden, mit dem diese dann mit Merkel oder Rüttgers eventuell ein paar Nieten ziehen könnten,

dann würden mit Sicherheit eine Menge unserer Wählerinnen und Wähler woanders ihr Glück suchen.

Dann sollten wir uns aber auch in NRW rechtzeitig mit dem Gedanken einer erneuten APO anfreunden.

Wenn wir aber den Bürgerinnen und Bürgern in NRW und Deutschland grüne Antworten auf die drängenden Fragen geben wollen,

dann sollten wir uns endlich mal wieder auf die Macht konzentrieren, die wir als Grüne tatsächlich haben und nicht auf die Macht, die einige bei uns mit den Konservativen eventuell gerne hätten.

Nämlich die Macht, in den Köpfen der Menschen etwas zu bewegen.

Das ist unsere Herkunft - und die einzig realistische Zukunft unserer Partei.

Und deshalb will ich, das weiterhin gilt:

„Die Zukunft muss sich auf die Grünen verlassen können“.

Dazu muss sich unsere Parteibasis und unsere Stammwählerschaft aber auch auf uns verlassen können.

Danke.